

## N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom  
26.11.2009

---

Sitzungsraum: Monheim am Rhein, Ratssaal  
Beginn: 18:09 Uhr  
Ende: 22:51 Uhr

Anwesend:

### Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach	CDU	Sitzungsleitung TOP 1 bis TOP 8 ab 19:18 Uhr
Herr Tim Brühlend	CDU	
Herr Heinz-Jürgen Goldmann	CDU	Sitzungsleitung ab TOP 9
Herr Markus Gronauer	CDU	
Frau Gabriele Hackel	CDU	
Herr Peter Werner	CDU	Vertreterin für Brühlend, Tim bis 19:18 Uhr

### Mitglieder der Fraktion Peto

Herr Florian Große-Allermann	PETO
Frau Janne Oberdieck	PETO
Frau Svenja Oberdieck	PETO
Frau Lisa Riedel	PETO
Herr Lucas Risse	PETO

### Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Thomas Heinen	SPD	
Frau Wally Hengsberger	SPD	Vertreterin für Goller, Werner
Frau Ursula Schlößer	SPD	
Herr Alexander Schumacher	SPD	

### Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Dr. Norbert Stapper	Grüne	Vertreter für Stamm, Andrea
--------------------------	-------	-----------------------------

### Mitglieder der FDP-Fraktion

Frau Dr. Doris Schröder-Weber FDP

### MfM

Frau Lilo Friedrich	MfM	bis 21:00 Uhr
---------------------	-----	---------------

### von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel  
Frau Annette Berg

Herr Martin Frömmer  
Herr Manfred Hein  
Herr Max Herrmann  
Herr Kurt Hundenborn  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Georg Mittmann  
Herr Georg Thomanek  
Herr Uwe Trost  
Frau Marion Warden  
Herr Thomas Waters

### **Gast**

Herr Rechtsanwalt Fischer anwesend zu TOP 10 -öffentlicher Teil-  
Herr Hövermann anwesend zu TOP 19 -öffentlicher Teil-  
Herr Dr. Schmitz-Rohde anwesend zu TOP 4 -nicht-öffentlicher Teil-

### **Schriftführerin**

Frau Anke Bitsch

### **es fehlen entschuldigt**

Herr Werner Goller SPD  
Herr Benjamin Daniel Kenzler LINKE.  
Frau Andrea Stamm Grüne  
Herr Daniel Zimmermann

## **TAGESORDNUNG**

### **I. Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Satzung zur 1. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008" VIII/0057
3. Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein) vom 16.12.2008 VIII/0055
4. Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am VIII/0054

Rhein vom 16.12.2008

5. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
6. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -  
öffentlicher Teil -
7. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und  
Finanzausschusses vom 03. September 2009 VIII/0027
8. Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und  
Finanzausschusses VIII/0020
9. Bildung eines Integrationsausschusses gem. § 27  
Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) VIII/0087
10. Richtlinie für das Beteiligungsmanagement der Stadt Monheim  
am Rhein VIII/0076
11. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein VIII/0093
12. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die  
Ausschüsse VIII/0095
13. Änderung der "allgemeinen Richtlinien des Rates über die  
Bildung und Zuständigkeiten der Ausschüsse  
(Zuständigkeitsordnung)" VIII/0094
14. Einrichtung von integrativen Lerngruppen (ILG) in der Sek. I  
der Peter-Ustinov-Gesamtschule zum Schuljahresbeginn  
2010/2011 VIII/0083
15. Förderung der Seniorentagesstätten der Arbeiterwohlfahrt in  
der Stadt Monheim am Rhein VIII/0091
16. Projekt "Ulla-Hahn-Haus" VIII/0039
17. Änderung der Satzung des Jugendamtes VIII/0034
18. Vorlage des erläuterten Wirtschaftsplans 2010 der Bibliothek  
Monheim gemeinnützige Gesellschaft mbH VIII/0043
19. Dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW  
Betrachtung der Bahnen der Stadt Monheim GmbH (BSM) und  
der Rheinbahn AG gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im  
VRR-Finanzierungssystem VIII/0092
20. Mündliche Mitteilungen
21. Schriftliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur VIII/0103

städtischen Telefonanlage

- 22. Mündliche Anfragen
- 22.1. Schließung einer ortsansässigen Gießerei
- 22.2. Schließung des Kiosks an der Unterführung

## **SITZUNGSERGEBNIS:**

### **In öffentlicher Sitzung**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

##### **Protokoll:**

Der Bürgermeister kann den Vorsitz des Haupt- und Finanzausschusses krankheitsbedingt nicht übernehmen. Da es sich um die konstituierende Sitzung der 8. Wahlperiode handelt und die Stellvertretung in dieser Sitzung gewählt wird (s. TOP 8) übernimmt der Altersvorsitzende, Herr Günter Bosbach, analog der Vorschriften für den Rat, zunächst den Vorsitz.

Ratsherr Bosbach eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Die Tagesordnung wird um TOP 19 – Vorlage VIII/0092 erweitert. Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

#### **2 Satzung zur 1. Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008" Vorlage: VIII/0057**

##### **Protokoll:**

Die Beratung des Tagesordnungspunktes erfolgt gemeinsam in der vorangegangenen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen. Die Ausführungen werden nachrichtlich beigelegt:

„Die Verwaltung erläutert die Gebührensatzungen zur Straßenreinigung, zur Grundstücksentwässerung und zur Abfallentsorgung.

Über die drei Satzungen wird nach Vorschlag des Vorsitzenden teilweise

gemeinsam diskutiert und getrennt abgestimmt.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, wie hoch die Kosten der Versiegelung sind, um zu vermeiden, dass Regenwasser versickert, da dieses Wasser zur Spülung benötigt wird und ebenfalls Kosten verursacht.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass sich ihre Fraktion wegen des späten Erhalts der Satzungsvorlagen der Stimme enthalten wird und erst in der Ratssitzung mit abstimmen wird. Sie fragt nach der geänderten Veranlagungsfläche bei der Straßenreinigung im Gebiet Klappertorstraße/Griesstraße.

Die Verwaltung erklärt dies mit der Herabstufung zur Anliegerstraße. Dies wird in der Gebührenveranlagung nachvollzogen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion merkt an, dass die Reinigungsmaschinen ihrer Aufgabe nicht nachkommen können, da die Reinigungsflächen zugeparkt sind. Die Verwaltung erklärt, dass dies ein Grundproblem der Straßenreinigung ist. Temporäre Parkverbote wurden bereits überprüft. Die Verwaltung sucht momentan nach Lösungsansätzen.

Der Vorsitzende schlägt deshalb vor, die Kosten für eine Wiedereinführung der Handkehrung zu ermitteln.

Die Sprecherin der Peto-Fraktion schlägt vor, die Möglichkeit eines alternierenden Parkens zu überprüfen.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion fragt nach den angewendeten kalkulatorischen Zinssätzen.

Die Verwaltung gibt diese bei der Entwässerung mit 6% und bei der Abfallentsorgung mit 7% an.

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt nach der Möglichkeit einer Ausweitung der Anliegerreinigung.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, ob es bei der Anliegerreinigung Probleme gibt.

Die Verwaltung erklärt, dass anfallende Probleme durch Öffentlichkeitsarbeit weitgehend gelöst werden.“

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

### **Beschlussempfehlung**

Die Satzung zur 1. Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**  
**Enthaltung 4**

- 3**      **Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein) vom 16.12.2008**  
**Vorlage: VIII/0055**

**Protokoll:**

Die Beratung des Tagesordnungspunktes erfolgt gemeinsam in der vorangegangenen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen. Die Ausführungen werden nachrichtlich beigelegt:

„Die Sprecherin der SPD-Fraktion fragt, auf was die Unterdeckung aus 2008 zurückzuführen ist.  
Die Verwaltung wird die Analyse zur Ratssitzung vorlegen.

Der Sprecher der FDP-Fraktion erklärt, dass die Monheimer Kläranlage einst als vorbildlich galt. Dies ist heute nicht mehr der Fall.  
Die Verwaltung sagt eine Sachdarstellung in der Ratssitzung zu.“

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

**Beschlussempfehlung**

Die Satzung zur 1. Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.  
Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**  
**Enthaltung 4**

- 4**      **Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008**  
**Vorlage: VIII/0054**

**Protokoll:**

Die Beratung des Tagesordnungspunktes erfolgt gemeinsam in der vorangegangenen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen. Die Ausführungen werden nachrichtlich beigelegt:

„Der Sprecher der FDP-Fraktion fragt nach dem Zeitraum für den Ansatz von 55.000 € für den Behälterkauf. Grundsätzlich stellt er die Frage, wer die vorgelegten Gebührenrechnungen eigentlich kontrolliert.  
Der Kämmerer erklärt, dass die Kämmerei eine Überprüfung vornimmt. Weiterhin

werden die Gebührenbedarfsrechnungen kritisch durch die Bürger und den Bund der Steuerzahler überprüft. Die Verwaltung ergänzt, dass die Feinjustierungen im Folgejahr durch ermittelte Unter- oder Überdeckungen erfolgen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt nach den Gründen der Kostensteigerung beim allgemeinen Geschäftsaufwand hin. Er lobt das Einsparungspotential der erfolgten europaweiten Ausschreibung.

Die Verwaltung führt aus, dass es sich bei der angesprochenen Kostensteigerung um Rücklagen für einen durch Gewerbeansiedlungen bedingten erhöhten Aufwand für den Wertstoffhof handelt.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion fragt nach den Voraussetzungen für eine Preisgleitklausel.

Die Verwaltung erläutert diese.

Der Sprecher der SPD-Fraktion fragt nach den unterschiedlichen Preissteigerungen bei der Entsorgung der Groß- und Kleingefäße.

Die Verwaltung erläutert den Trend hin zu Kleingefäßen und die damit verbundenen Preisauswirkungen.“

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

#### **Beschlussempfehlung**

Die Satzung zur 1. Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**Enthaltung 4**

#### **5 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**

##### **Protokoll:**

Keine Wortmeldungen.

#### **6 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -**

##### **Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

#### **7 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 03. September 2009**

**Vorlage: VIII/0027**

**Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Ausführungsbericht zur Kenntnis.

**8 Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses  
Vorlage: VIII/0020**

**Protokoll:**

Der Sprecher der CDU-Fraktion schlägt Herrn Tim Brühland zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses vor. Weiter Vorschläge werden nicht gemacht.

**Beschlussempfehlung**

Der Haupt- und Finanzausschuss wählt aus seiner Mitte gemäß § 57 Abs. 3 der Gemeindeordnung NRW zum stellvertretenden Vorsitzenden:

Ratsherrn Tim Brühland.

Herr Brühland nimmt die Wahl an und übernimmt die Sitzungsleitung als stellvertretender Vorsitzender.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig zugestimmt**

**9 Bildung eines Integrationsausschusses gem. § 27 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)  
Vorlage: VIII/0087**

**Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

**Beschlussempfehlung**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, einen Integrationsausschuss gemäß § 27 Abs. 1 Satz 5 GO NRW zu bilden.

Der Rat legt die Zahl der Mitglieder des Integrationsausschusses auf insgesamt 13 fest, die sich aus sieben vom Rat bestellten Mitgliedern und sechs Mitgliedern, die nach den Regeln des § 27 Abs. 2 Satz 1 GO NRW gewählt werden, zusammensetzen.

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig zugestimmt**



## **Richtlinie für das Beteiligungsmanagement der Stadt Monheim am Rhein** **Vorlage: VIII/0076**

### **Protokoll:**

Herr Rechtsanwalt Fischer, Rödl & Partner, der die Verwaltung in der Angelegenheit rechtlich berät, erläutert die Richtlinien.

Die Verwaltung erklärt, dass die Beteiligungsrichtlinien fehlerhafte Seitenzahlen und Fußnoten enthalten und sichert eine Korrektur bis zur Ratssitzung zu.

Weiterhin wird, nach dem Ergebnis der Vorberatungen im interfraktionellen Gespräch, eine Ergänzung der Ziffer 2.1.2.2 vorgenommen:

„Der Haupt- und Finanzausschuss berät diejenigen Angelegenheiten vor, die vom Rat der Stadt zu beschließen sind und erteilt entsprechende Beschlussempfehlungen, wenn nicht die Zuständigkeit des Betriebsausschusses der Städtischen Betriebe der Stadt Monheim am Rhein gegeben ist“.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bittet um weitergehende Erläuterung zu den Grundsätzen der Steuerung und Überwachung. Einerseits sei formuliert, dass die Gesamtsteuerung und –überwachung der Städtischen Betriebe durch die Gesellschafterin erfolgt und im nächsten Absatz sei erwähnt, dass die Gesamtsteuerung und –überwachung dem Stadtrat obliegt.

Die Verwaltung erklärt, dass hier einerseits die Stadt als Ganzes angesprochen sei und bei der zweiten Ausführung sei Bezug auf das Organ Stadtrat genommen worden, dem innerhalb der Stadt die Willensbildung obliegt.

Weiterhin bestehe im Bezug auf die mittelbaren Beteiligungen eine Nachfrage, so die Sprecherin der SPD-Fraktion. Der Text laute: „...nach Maßgabe der Gesellschaftsverträge keine Entscheidungen der Geschäftsführer oder Gesellschafterversammlung ohne die Zustimmung des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft getroffen werden dürfe...“. Dies sei verwunderlich.

Die Verwaltung erläutert, dass hier keine Einschränkung im Hinblick auf den operativen Bereich bestehe, sondern die Einflussnahme der Stadt auf Entscheidungen sichergestellt worden sei.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt im Bezug auf die Verschwiegenheitspflicht auf Seite 10, Fußnote 22 an, dass hier mehr Informationen erforderlich seien.

Herr Rechtsanwalt Fischer bestätigt die Notwendigkeit Aufsichtsratsmitglieder zu schulen, wobei auch dieser Punkt beachtet werden sollte.

Der Sprecher der Fraktion Peto schlägt vor, im 2. Absatz der Ziffer 2.1.1 auf Seite 3 „Gesellschafterentscheidung“ und nicht „Eigentümerentscheidung“ zu formulieren.

Die Verwaltung nimmt die Anregung auf und sichert eine Änderung bis zur Ratssitzung zu.

Im Bezug auf das Berichtswesen in Ziffer 3.3.1 regt der Sprecher der Fraktion Peto an, wie im Städtischen Haushalt Kennzahlen gem. § 48 GemHVO einzuführen und diese unter Buchstabe b) aufzuführen.

Die Verwaltung erklärt, dass dies mittelfristig vorgesehen sei.

Die Fraktion Peto trägt vor, dass unter Berücksichtigung der Änderung des § 289 Absatz 5 HGB durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG), wonach ein internes Kontrollsystem einzuführen sei, eine Ergänzung der Ziffer 3.3.2 um den Buchstaben d) vorzunehmen sei, der die Einführung eines solchen internen Kontrollsystems vorsehe.

Die Verwaltung hält eine Aufnahme dieser Änderung zum jetzigen Zeitpunkt nicht für geboten, da sich die Rechtsvorschrift auf kapitalmarktorientierte und nicht auf kommunale Unternehmen beziehe. Jedoch sei eine Umsetzung zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll.

Die Verwaltung erklärt, dass die zwei letztgenannten Punkte der Fraktion Peto nach dem Jahr 2011 erneut überdacht und im Haupt- und Finanzausschuss erläutert werden.

Die SPD-Fraktion fragt, in welchem Bereich die Organisationseinheit „Beteiligungsmanagement“ angesiedelt wird.

Die Verwaltung wird das Beteiligungsmanagement dem Zentralen Service zuordnen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, unter Berücksichtigung der nachfolgenden Änderungen folgenden Beschluss zu fassen:

- Ziffer 2.1.2.2:  
„Haupt- und Finanzausschuss  
Der Haupt- und Finanzausschuss berät diejenigen Angelegenheiten vor, die vom Rat der Stadt zu beschließen sind und erteilt entsprechende Beschlussempfehlungen, *sofern keine Zuständigkeit des Betriebsausschusses der Städtischen Betriebe der Stadt Monheim am Rhein gegeben ist*“.
- Ziffer 2.1.1, Absatz 2, Satz 2:  
„Er trifft die wesentlichen *Gesellschafterentscheidungen* und nicht...“

### **Beschlussempfehlung**

Die als Anlage beigefügte Beteiligungsrichtlinie der Stadt Monheim am Rhein wird beschlossen und tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die inhaltliche Umsetzung richtet sich nach dem ebenfalls als Anlage beigefügten Projektplan.

### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**Enthaltung 1**

**Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

**Beschlussempfehlung**

Die Satzung zur 2. Änderung der „*Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2007*“ wird in der als Anlage vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**12      Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse  
Vorlage: VIII/0095**

**Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

**Beschlussempfehlung**

Die „*Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Monheim am Rhein*“, zuletzt geändert durch Beschluss des Rates vom 27.10.2009, wird wie folgt geändert:

**- § 6 Abs. 2 Buchstabe b) erhält folgende Fassung:**

*„b) Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken durch die Stadt; dies gilt auch für Pacht, Miete oder ähnliche Rechtsgeschäfte, durch die der Stadt Rechte an einer Liegenschaft verschafft werden bzw. die Stadt solche Rechte Dritten verschafft“*

**- in § 6 Abs. 2 Buchstabe g) wird der Halbsatz nach dem Wort „Vertragsangelegenheiten“ gestrichen**

**- in § 6 Abs. 2 wird Buchstabe g) folgender Buchstabe h) hinzugefügt:**

*„h) Angelegenheiten der städtischen Beteiligungen, wenn dies zur Gewährleistung des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen der betreffenden Beteiligung im Einzelfall erforderlich ist.“*

**- in § 6 Abs. 2 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 hinzugefügt:**

*„Satz 1 Buchst. a) bis g) gilt nicht, wenn im Einzelfall weder Belange des öffentlichen Wohls noch berechnigte Ansprüche oder schützenswerte Interessen Einzelner den Ausschluss der Öffentlichkeit gebieten.“*

- § 29 Abs. 7 Satz 2 erhält folgende Fassung:

*„Anträge der Fraktion an den Rat oder den Bürgermeister müssen von einer der in § 29 Abs. 2 genannten Personen unterzeichnet sein.“*

**Abstimmungsergebnis:**  
**einstimmig zugestimmt**

**13 Änderung der "allgemeinen Richtlinien des Rates über die Bildung und Zuständigkeiten der Ausschüsse (Zuständigkeitsordnung)"  
Vorlage: VIII/0094**

**Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

**Beschlussempfehlung**

Die „Allgemeinen Richtlinien des Rates der Stadt Monheim am Rhein über die Bildung und die Zuständigkeiten der Ausschüsse (Zuständigkeitsordnung) vom 18.12.2007“ werden wie folgt geändert:

**§ 2 Abs. 3 wird um folgenden Buchstaben g) ergänzt:**

*„g) aller Angelegenheiten der Beteiligungen, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, sofern nicht die Zuständigkeit des Betriebsausschusses berührt ist.“*

**In § 5 III. wird Buchstabe e) gestrichen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
**einstimmig zugestimmt**

**14 Einrichtung von integrativen Lerngruppen (ILG) in der Sek. I der Peter-Ustinov-Gesamtschule zum Schuljahresbeginn 2010/2011  
Vorlage: VIII/0083**

**Protokoll:**

Die Verwaltung weist auf 2 redaktionelle Änderungen hin:

- Punkt III: auf Seite 3, erster Absatz, letzter Satz muss das Datum der Schulkonferenz am 30.11.2009, nicht 16.11.2009, heißen
- Punkt V, zu 2 b): auf Seite 4, zweiter Absatz, letzter Satz muss es heißen: „Spätestens zum Schuljahresbeginn 2011/2012...“, nicht 2011/2011.

Die Fraktionen machen deutlich, dass dies sehr erfreulich und ein Erfolg für die Stadt Monheim am Rhein ist, der auch dem Engagement der Bürgerinitiative zu

verdanken ist.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

### **Beschlussempfehlung**

1.

Zum Schuljahresbeginn 2010/2011 und den Folgejahren wird in der Sekundarstufe I der Peter-Ustinov-Gesamtschule in jeweils einer Eingangsklasse eine integrative Lerngruppe eingerichtet.

2.

Zur Herstellung der personellen und sächlichen Voraussetzungen werden im Haushaltplan 2010 ff folgende Maßnahmen berücksichtigt:

a)

im Haushaltsplan 2010 wird ein Ansatz für Sachmittel (Erstausrüstung für sonderpädagogische Unterrichtsmaterialien) in Höhe von €15.000 berücksichtigt,

b)

in der mittelfristigen Finanzplanung (Finanzplan B) werden für das Jahr 2011 ff die notwendigen Mittel zur Schaffung des erforderlichen (zusätzlichen) Raumbedarfes auf Grundlage einer noch zu entwickelnden Ausbauplanung und einer Kostenschätzung eingestellt,

c)

im Rahmen der Haushaltsplanberatungen (Stellenplan) wird den besonderen und zusätzlichen Anforderungen an Schulsozialarbeit in der Peter-Ustinov-Gesamtschule Rechnung getragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

## **15 Förderung der Seniorentagesstätten der Arbeiterwohlfahrt in der Stadt Monheim am Rhein Vorlage: VIII/0091**

### **Protokoll:**

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion im Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten legt die Verwaltung den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses eine Anlage vor, die die Entwicklung des jährlichen Zuschusses darstellt und erläutert diese.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion bemerkt, dass die Betriebskosten erheblich erhöht worden sind und bittet um Angabe der Gründe.

Die Verwaltung erwidert, dass diese Erhöhung im Wesentlichen auf den Anstieg

der Personalkosten zurückzuführen sei.

Weiterhin bittet die Sprecherin der FDP-Fraktion um Mitteilung, ob alle anderen Zuschussmöglichkeiten ausgeschöpft seien.

Die Verwaltung erklärt, dass dies der Fall sei und entsprechend nachgewiesen wurde.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

### **Beschlussempfehlung**

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Vertrag zwischen der Stadt Monheim am Rhein und der Arbeiterwohlfahrt - Kreisverband Mettmann e. V. vom 12.12.2001 auf der Grundlage des der Verwaltungsvorlage als Anlage beigefügten Vertragsentwurfs mit Wirkung vom 01.01.2011 zu ändern.

### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

16

### **Projekt "Ulla-Hahn-Haus"**

**Vorlage: VIII/0039**

#### **Protokoll:**

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Angabe, ob es alternative inhaltliche Vorstellungen zum Konzept gibt, insbesondere im Hinblick auf die Fortführung nach 2 Jahren.

Die Verwaltung sieht derzeit keine andere Möglichkeit des Vorgehens. Sicherlich sei es wünschenswert, ein nachhaltiges Konzept vorzulegen, dies sei momentan jedoch nicht realisierbar, da auch der städtische Haushalt diese Zusicherung nicht vorsehen könne. Jedoch könne dieser Punkt optimistisch bewertet werden, da auch bei ähnlich gelagerten Projekten (Mo.Ki, MoMo) Finanzierungsmöglichkeiten gefunden worden wären.

Weiterhin merkt der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, dass die Kosten für die Liegenschaft immens hoch erscheinen und fragt nach, ob es andere wirtschaftlichere Möglichkeiten gibt.

Die Verwaltung führt aus, dass die Vorlage zunächst unabhängig von der Frage der Liegenschaft beraten werden solle. Die mit der Liegenschaft in Zusammenhang stehenden Fragen müssten zu einem späteren Zeitpunkt nochmals aufgegriffen werden.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion regt an, bis zur Ratssitzung weitere Angaben darüber zu machen, wie es, insbesondere in finanzieller Hinsicht, mit dem Konzept weitergehe.

Die Verwaltung sichert bis zur Ratssitzung weitere Informationen zu.

Eine Sprecherin der Fraktion Peto gibt zu bedenken, dass sich hier eine große Chance für Monheim am Rhein biete, auch wenn es sich zunächst um eine dezentrale und befristete Maßnahme handele.

**Beschlussempfehlung**

Der Ausschuss empfiehlt der Stiftung Monheim der Stadtparkasse Düsseldorf den vom Friedrich-Bödecker-Kreis NRW e.V. beantragten Zuschuss in Höhe von 20.000,00 € für 2010 und 30.000,00 € für 2011 zu bewilligen, wenn das Land die endgültige Förderzusage erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**Enthaltung 6**

**17** **Änderung der Satzung des Jugendamtes**  
**Vorlage: VIII/0034**

**Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, unter Berücksichtigung der nachstehenden Ergänzung, folgenden Beschluss zu fassen:

In § 4 Abs. 3 wird nach dem Buchstaben i) folgender Buchstabe j) hinzugefügt:

„j) ein(e) Vertreter(in) des Berufkolleg des Zweckverbandes der berufsbildenden Schulen Opladen.“

**Beschlussempfehlung**

Die Satzung zur Änderung der „Satzung des Jugendamtes der Stadt Monheim am Rhein vom 16.1.1995“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**18** **Vorlage des erläuterten Wirtschaftsplans 2010 der Bibliothek Monheim**  
**gemeinnützige Gesellschaft mbH**  
**Vorlage: VIII/0043**

**Protokoll:**

Ein Sprecher der SPD-Fraktion äußert seine Verwirrung darüber, dass es zwei verschiedene Fassungen der Vorlage gibt und bittet um Angabe, welche Unterschiede bestehen und welche Ausführung die aktuelle sei. Die Verwaltung wird die Frage bis zur Ratssitzung klären.

**vertagt**

**19** **Dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW**  
**Betrauung der Bahnen der Stadt Monheim GmbH (BSM) und der**  
**Rheinbahn AG gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im VRR-**

## **Finanzierungssystem**

**Vorlage: VIII/0092**

### **Protokoll:**

Herr Hövermann, Bahnen der Stadt Monheim erläutert die Vorlage.

Um die erst am heutigen Tage verteilten Anlagen, die Bestandteil des Beschlusses sind, zur Kenntnis nehmen zu können, wird einstimmig beschlossen, die Sitzung zu unterbrechen.

Pause von 21:21 Uhr bis 21:34Uhr.

### **Beschlussempfehlung**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Wege einer Dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW den Betrauungsbeschluss vom 10.11.2005 in der Fassung der ersten Änderung vom 18.12.2007 wie folgt zu ergänzen:

Die das Gebiet der Stadt Monheim am Rhein betreffenden Verkehrsunternehmen Bahnen der Stadt Monheim GmbH (BSM) und Rheinbahn AG sind mit folgenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen betraut:

1. Vorhaltung von Verkehrsinfrastruktur
2. Erbringung von verbund- bzw. aufgabenträgerbedingten Regie- und Vertriebsmehrleistungen
3. Vorhaltung von verbund- bzw. aufgabenträgerbedingten Fahrzeugsqualitätsstandards
4. a) Erbringung nicht lukrativer Fahrten in Schwachverkehrszeiten  
b) Sozialpolitische Verpflichtungen

Diese Betrauung gilt fort, wenn und soweit ablaufende Genehmigungen (§ 16 PBefG) dem betrauten Unternehmen wieder erteilt werden, jedoch nicht länger als bis zum 31.12.2019.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, auf der Basis der bestehenden Betrauung zusätzliche gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen oder Veränderungen bestehender gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen in einem angemessenem Umfang zu betrauen, wenn dies entweder

- a) im öffentlichen Verkehrsinteresse geboten ist, oder
- b) aufgrund von der Unternehmensleitung nicht zu beeinflussenden, unvorhergesehenen Kosten (wie etwa bei Naturkatastrophen, staatlichen Preisinterventionen, Umschichtungen und Änderungen bei Verbrauchssteuern, Umsatzsteuer, usw.) notwendig ist und die Finanzierung der diesbezüglichen Ausgleichsleistungen nach Maßgabe der haushaltrechtlichen Beschlüsse möglich ist. Eine Betrauung gemäß Buchstabe b steht unter dem aufschiebenden Vorbehalt einer entsprechenden Ergänzung der



rungsrichtlinie des VRR.

Hierbei festgestellte Überkompensationen sind zurückzuführen. Über die Art und Weise der Rückführung entscheidet die unmittelbare oder mittelbare Eigentümergebietskörperschaft im Einvernehmen mit dem Verkehrsunternehmen. Dabei kann für die Beurteilung einer Überkompensation auf einen ein- bis dreijährigen Betrachtungszeitraum abgestellt werden. Darüber hinaus sind Überkompensationen ab Entstehung in Höhe von 5% über dem Basiszins gemäß § 247 BGB zu verzinsen. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Regelungen.

Für die Bahnen der Stadt Monheim GmbH ergeben sich die einzelnen gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen nach der Maßgabe der Anlage 1 bis 4b. Sie umfassen auch die Leistungen auf der VRS-Linie 233. Die Betrauung der BSM wird auf den 31.12.2019 befristet.

Für die Rheinbahn AG ergeben sich die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen aus den ergänzenden Betrauungsbeschlüssen der Anteilseignerkommune und den Dokumentationen der lokalen Anhörungsgespräche.

Die beigefügten Anlagen 1 – 3 zum ergänzten Betrauungsbeschluss sind ebenfalls Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**  
**einstimmig zugestimmt**  
**Enthaltung 1**

## **20 Mündliche Mitteilungen**

**Protokoll:**  
Keine Wortmeldungen.

## **21 Schriftliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur städtischen Telefonanlage** **Vorlage: VIII/0103**

**Protokoll:**  
Die Verwaltung erklärt, dass bereits Änderungsbedarf hinsichtlich der Telefonanlage erkannt wurde. Ein Testsystem ist derzeit im Einsatz, das vermutlich mit Wirkung zum 01.01.2010 das vorhandene alte System ablösen wird.  
Die kostenlose Rückruf-Aktion wird bereits in der Verwaltung praktiziert. Insbesondere bei Anliegen die am Bürgertelefon vorgetragen werden, erhält der Anrufer innerhalb von 48 Stunden einen Rückruf durch den zuständigen Bereich.

## **22 Mündliche Anfragen**

## 22.1 Schließung einer ortsansässigen Gießerei

### Protokoll:

Herr Bosbach hat der Tagespresse entnommen, dass eine ortsansässige Gießerei schließe und dadurch 60 Arbeitsplätze verloren gingen. Er fragt nach, ob es nähere Informationen gebe und ob möglicher Weise mit einer Kompensation zur rechnen sei.

Die Verwaltung erklärt, dass für den nächsten Tag ein Termin mit der Geschäftsleitung des Unternehmens vereinbart sei. Vor ca. 1 Jahr habe bereits ein Gespräch stattgefunden, in dem die Geschäftsführung erklärt habe, sie wolle an dem Standort festhalten. Dies gebe die Geschäftslage offensichtlich nicht mehr her, Einzelheiten seien derzeit jedoch noch nicht bekannt.

## 22.2 Schließung des Kiosks an der Unterführung

### Protokoll:

Ratsfrau Schlösser bezieht sich auf eine Meldung in der Tageszeitung, wonach der Kiosk an der Unterführung geschlossen sei. Dies soll der Fall sein, dass die Unterverpachtung seitens der Stadt nicht untersagt worden sei, so dass der Betreiber seiner Mitarbeiterin habe kündigen müssen.

Der Verwaltung ist dieser Umstand nicht bekannt. Es sei vielmehr so, dass der derzeitige Untermieter mit seinem Konzept nicht zu Recht gekommen sei. Es werden derzeit Gespräche mit einem alternativen Pächter geführt und es sei zu hoffen, dass Anfang 2010 der Betrieb durch den neuen Pächter mit einem besseren Konzept wieder aufgenommen werden würde.

---

Günter Bosbach  
Altersvorsitzender

---

Tim Brühland  
Stellvertretender Vorsitzender

---

Anke Bitsch  
Schriftführerin